

**Was bedeutet „resiliente“ Sicherheitspolitik?  
Der Versuch einer politischen Kontextualisierung**

**Jan Pospisil und Johanna Rodehau-Noack**

Arbeitspapier 81 / Juni 2015



## **Zusammenfassung**

Resilienz ist ein vergleichsweise junges Konzept in der Sicherheit, hat aber dennoch bereits Eingang in nationale und internationale sicherheitspolitische Konzeptpapiere – auch in Österreich – gefunden. Resilienz gewinnt sowohl auf der Ebene des Policy-Making als auch in der akademischen Forschung an Relevanz. Eine politische Kontextualisierung des Konzeptes ist bisher jedoch unterblieben: die politischen Implikationen von „resilienter“ Sicherheitspolitik sind mithin noch wenig beleuchtet. Das vorliegende Policy Paper unternimmt daher einen Vergleich der drei derzeit relevantesten Sicherheitskonzepte von menschlicher Sicherheit, Comprehensive Security und Resilienz. Die gewonnenen Erkenntnisse weisen darauf hin, dass der oftmals gegenüber Resilienz geäußerte Neoliberalismus-Vorwurf, der aus dem vermeintlichen sicherheitspolitischen Rückzug des Staates und die Fokusverschiebung auf kleinere soziale Einheiten abgelesen wird, nicht zutrifft. Dennoch ist er in der politischen Auseinandersetzung um Resilienz von großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund werden zwei Anstöße formuliert, die den Vorbehalten gegen Resilienz entgegenwirken und ihre Implementierbarkeit als sicherheitspolitische Strategie erleichtern können.

## **Abstract**

Resilience is a comparatively new security concept; it has, however, already made its way into policy papers and strategies of national and international security policy actors – also in Austria. In policy making as well as in academic research resilience is rapidly gaining relevance. A political contextualisation is still lacking to date, the political implications of a “resilient” security policy hence are insufficiently discussed. This policy paper addresses this gap with a comparison of the three presently relevant security concepts of human security, comprehensive security and resilience. The insights of this comparison point against the often raised assumption that resilience might be a neoliberal concept, what is generally derived from the assumption of a perceived pullback of the state in security policy and a shift of focus on smaller societal entities. However, this assumption is of high relevance in the political contestation of resilience. Against this background, the paper formulates two suggestions to counter the existing reservations against resilience and to support its applicability in security strategies.

## **Keywords**

Resilienz, Sicherheitspolitik, menschliche Sicherheit, erweiterte Sicherheit

### **Autor/in**

**Dr. Jan Pospisil** ist Senior Researcher am oiip und Lehrbeauftragter an der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Überschneidungsbereich von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik mit dem Fokus auf fragiler Staatlichkeit, neuen Sicherheitskonzepten, Resilienz sowie gesamtstaatlichen Ansätzen in der Sicherheitspolitik.

**Johanna Rodehau-Noack, BA**, ist Masterstudentin der Politikwissenschaft an der Universität Wien. Ihre Forschungsinteressen beinhalten Entwicklungsforschung, internationale Beziehungen und Politik und Friedens- und Konfliktforschung. In all diesen Bereichen hält sie einen feministischen Zugang für grundlegend.

Obwohl mittlerweile in aller Munde, ist Resilienz ein sehr junger Begriff in der sicherheitspolitischen Debatte, insbesondere in der deutschsprachigen. Dennoch hat das Konzept vor allem im Bereich der Inneren Sicherheit einen hohen Stellenwert erlangt. In Österreich ist beispielsweise die „Erarbeitung eines gesamtstaatlichen Konzepts zur Steigerung der Resilienz Österreichs“ in den Empfehlungen des Nationalrates zur Umsetzung der Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS) von 2013 angefordert. Diese Arbeit läuft mittlerweile, unterstützende angewandte Forschung mit starker Stakeholder-Involvierung wurde zu diesem Zweck angestoßen.

Die ÖSS definiert Resilienz bemüht neutral als die „Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft nach Krisen“.<sup>1</sup> Es bleibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt weitgehend offen, wem die primäre Verantwortlichkeit für eine solche Wiederherstellung zufallen soll. Die wissenschaftliche Debatte geht grundsätzlich davon aus, dass angesichts der zunehmenden Unvorhersehbarkeit und der daraus resultierenden Unplanbarkeit des Umganges mit eintretenden Krisen Resilienz nicht als hoheitsstaatlicher Prozess gestaltet werden kann. Dies wird wiederum oftmals als eine Rücknahme staatlicher sicherheitspolitischer Verantwortung verstanden, und zwar nicht nur auf Ebene „harter“ Maßnahmen klassischer Sicherheitspolitik, sondern auch in für die unmittelbare Lebensrealität so relevanten Bereichen wie dem Katastrophenschutz oder der sozialen Sicherheit. Dementsprechend findet sich in wissenschaftlichen Papieren wie auch in Denkschriften wiederholt und prominent die Klassifizierung von Resilienz als einem „neoliberalen“ Konzept oder gar Projekt.<sup>2</sup>

Eine derartige Klassifizierung ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, hat sie doch wesentlichen Einfluss auf die Bereitschaft zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Übernahme. Die politische Etikettierung des „Neoliberalismus“, so unscharf sie mitunter auch sein mag, hat bereits zu ersten Kampagnisierungen geführt, die jede potenzielle Nützlichkeit des Konzeptes nachhaltig unterminieren könnten.<sup>3</sup> Es macht mithin Sinn, nach dem tatsächlichen politischen Gehalt des Konzeptes zu fragen und ihn mit anderen sicherheitspolitischen Schlüsselkonzepten empirisch vergleichend zu untersuchen. Eine derartige vergleichende Herangehensweise ist bislang sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der politischen Debatte unterblieben, was angesichts der zunehmenden Bedeutung des Resilienz-Konzeptes in der Sicherheitspolitik – und seiner, nach einer anfänglichen Skepsis, weitgehend unkritischen Übernahme – erstaunlich ist.

---

<sup>1</sup> Bundeskanzleramt Österreich (2013): Österreichische Sicherheitsstrategie. Wien: BKA. S. 17.

<sup>2</sup> Joseph, Jonathan (2013): Resilience as embedded neoliberalism: a governmentality approach. In: Resilience: International Policies, Practices and Discourses, Bd. 1/1. S. 38-52.

<sup>3</sup> Henrik Ernstson führt dies in seiner Replik auf einen Resilienz-kritischen Blogpost bildhaft aus. Siehe <http://www.rhizomia.net/2014/02/comment-on-tom-slaters-blog-post.html>.

Geschlossen werden soll diese Lücke mit einer empirischen Gegenüberstellung der drei zentralen sicherheitspolitischen Konzepte der vergangenen beiden Jahrzehnte: Menschliche Sicherheit/Human Security, Comprehensive Security, verbunden mit dem nicht vollständig deckungsgleichen Konzept der vernetzten Sicherheit, wie er in der bundesdeutschen Diskussion Verwendung findet, sowie das vergleichsweise junge Konzept der Resilienz. Anhand von Schlüsselpapieren internationaler, staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure werden diese Konzepte anhand dreier Kategorien untersucht: die Identifizierung der Adressat/innen von Primärdokumenten wie etwa Strategie- und Konzeptpapieren und Berichten, die darin enthaltenen Problemformulierungen und schließlich die vorgeschlagenen Lösungsstrategien und Hebel geben Aufschlüsse bezüglich des Verhältnisses der obigen Ansätze.

Ziel dieses Vergleiches ist eine komparative politische Verortung der sicherheitspolitischen Konzepte, die zu einer informierten Diskussion und einer kritischen, reflexiven Implementierung von Maßnahmen beitragen will.

### **Drei zentrale Konzepte der Sicherheitspolitik**

Mit der Entstehung dieser drei erwähnten, derzeit international stark wirksamen Sicherheitskonzepte ging eine Ausweitung des Verständnisses von staatlicher wie auch individueller Sicherheit einher. Zunächst wurde das rein auf dem völkerrechtlichen Konzept der Souveränität basierende Verständnis von nationaler Sicherheit als zu eng kritisiert. Diese Kritik war nicht neu, sie war aber angesichts stark veränderter historischer Bedingungen (Kritiker/innen wurden nicht länger einfach als „linke Friedensforscher/innen“ schubladiert) um einiges erfolgreicher.<sup>4</sup> Auf Basis dieser Kritik kam es, vor allem über die Konzepte der erweiterten Sicherheit und der menschlichen Sicherheit zu einer Inklusion bisher nicht einbezogener Bereiche. Dies gipfelte schließlich in einer umfassenden Sicherheitskonzeption, in der sämtliche Elemente einer Nation für den Erhalt und Gewährleistung von individueller und staatlicher Sicherheit koordiniert werden müssen.

---

<sup>4</sup> „To challenge military-state centrism was, of course, not new, but what reconfigured the terrain of ISS [International Security Studies] in the late 1980s and 1990s was that challengers were no longer identified as ‘Peace Researchers’ – and thus as having a particular political position on the contested academic and political landscape of the Cold War – but as people doing Security Studies or IR.” In: Buzan, Barry; Hansen, Lene (2009): The Evolution of International Security Studies. Cambridge: Cambridge University Press. S. 187.

Obwohl diese stetige Expansion spätestens vor dem Hintergrund des Ansatzes der Versicherheitlichung der Kopenhagener Schule auch kritisch betrachtet werden könnte, ist diese in der öffentlichen und auch politischen Debatte überwiegend positiv konnotiert. Die Einbeziehung weiterer Lebensbereiche – insbesondere etwa auch der Ökologie – in sicherheitspolitische Überlegungen wurde als Fortschritt und Überwindung des Kalter-Krieg-Denkens verstanden.

Der Grundstein für das Konzept der menschlichen Sicherheit wurde im Human Development Report des UNDP von 1994 gelegt. Der Ansatz, der erstmals explizit die Abkehr vom souveränitätsbasierten Sicherheitsbegriff vollzog und im Gegenzug den Schutz des Individuums (noch dazu mit der programmatischen Bezugnahme auf den weichen, umfassenden Schöpfungsbegriff „Mensch“) in den Blick nahm, erfuhr zunächst vor allem im UN-Kontext eine starke Rezeption. Die vom Konzept umfassten, sicherheitsrelevanten Bereiche wurden in der Folge um Aspekte wie Wirtschaft, Ernährung, Gesundheit, Umwelt und Gemeinschaft erweitert. Als das zentrale, zu Grunde gelegte Verständnis wird die persönliche und politische Sicherheit jedes einzelnen Menschen definiert. Diese akkumulieren sich in der Zielsetzung der doppelten Freiheit von Mangel und Furcht: „*Freedom from Want*“ und „*Freedom from Fear*“. Menschliche Sicherheit zielt demnach auf eine multilaterale Gestaltung von Außenpolitik ab, in der Folge entwickelt sie sich auch zu einem zentralen Ansatz in der Debatte um „Global Governance“.<sup>5</sup> Die Ausweitung des Akteur/innenspektrums auf die (transnationale) Zivilgesellschaft wird zum essentiellen Bestandteil eines umfassenden sicherheitspolitischen Ansatzes.

Strategien der Comprehensive Security und der vernetzten Sicherheit<sup>6</sup> hingegen stehen in engem Zusammenhang mit dem Feld der Entwicklung und spiegeln die Interessen der machtvollen Akteure auf internationaler Ebene wider. Nicht umsonst entwickelte sich die Begrifflichkeit aus dem NATO-Kontext.<sup>7</sup> Als Nachwehen der Anschläge vom 11. September 2001 und der daraufhin verstärkten Bemühungen der Terrorismus-Bekämpfung wurde fragile Staatlichkeit zunehmend als globales Sicherheitsproblem angesehen – das alle erdenklichen Ebenen menschlichen Zusammenlebens umfasst. Comprehensive Security transformiert den Sicherheitsbegriff zu einem umfassenden

---

<sup>5</sup> Vgl. Axworthy, Lloyd (2001): Human Security and Global Governance: Putting People First. In: Global Governance 7. S. 19-23.

<sup>6</sup> Wenngleich die Bedeutung von „Comprehensive Security“ nicht deckungsgleich mit „vernetzte Sicherheit“ ins Deutsche übertragbar ist und die Forschung diesbezüglich sich hinsichtlich Materialauswahl und Analyseverfahren etwas unterscheidet, werden die Begriffe im Folgenden synonym verwendet, da der Kerngedanke der Koordinierung einzelner sicherheitspolitischer Elemente jeweils zentral ist.

<sup>7</sup> Vgl. Ortiz, Antonio (2008): Neither fox nor hedgehog: NATO's Comprehensive Approach and the OSCE's concept of security. In: Security and Human Rights, No. 4. S. 284-297.

Phänomen. Ein solches umfassendes Phänomen erfordert konsequenter Weise umfassende Antworten aus dem Zusammenwirken der unterschiedlichsten Politikbereiche – dies wird in den Begriffen von „Whole-of-Government“ und „Whole-of-Nation“-Ansätzen formuliert, die sich spätestens Mitte der 2000er-Jahre<sup>8</sup> – interessanterweise ohne nennenswerte Referenz auf die entwicklungspolitische Kohärenz-Debatte, die eine vergleichbare Vorgangsweise für entwicklungspolitische Zielsetzungen bereits seit längerem eingefordert hatte – herausbildeten.<sup>9</sup>

Der in derartigen „gesamtstaatlichen“ Ansätzen formulierte hohe Koordinierungsanspruch setzt sich zum Ziel, auf neue Bedrohungsszenarien adäquat reagieren zu können. Derlei Zugänge sind folglich oft stark technokratisch ausgerichtet und mit beachtlichem Koordinationsaufwand verbunden, konkrete Effektivität mithin zentral mit einer entsprechenden Allokation relevanter Budgetmittel verknüpft.

Resilienz schließlich ist, wie bekannt, kein genuin sicherheitspolitisches Konzept. Es entspringt beispielsweise Untersuchungen von Elastizität und Widerstandsfähigkeit aus der Ökosystemforschung. Auch in der Sozialpsychologie ist die Verwendung des Konzeptes bereits seit den 1950er Jahren dokumentiert. Im Fokus steht der Kerngedanke, dass nicht die Steuerbarkeit mit dem Ziel einer Gleichgewichts(wieder-)herstellung, sondern die Schaffung von Voraussetzungen für eine systemische Fortdauer im Mittelpunkt zu stehen hätten. Dementsprechend hätte die Anwendung von Resilienz für eine traditionell stabilitätsorientierte, auf Gefahrenabwehr fokussierte Sicherheitspolitik strukturelle und einschneidende Konsequenzen. Im sicherheitspolitischen Kontext gewann Resilienz zunächst in Großbritannien im Rahmen innerer Sicherheit an Bedeutung<sup>10</sup>. Mittlerweile haben aber bereits zahlreiche Staaten, sowie internationale und zivilgesellschaftliche Organisationen das Konzept in ihr sicherheitspolitisches Repertoire aufgenommen. Diese stark ansteigende Relevanz des sicherheitspolitischen Resilienz-Konzeptes wird im folgenden Abschnitt vergleichend dargelegt.

## **Veränderungen in der Relevanz**

Inwieweit die drei erwähnten Konzepte in den letzten fünfzehn Jahren an Relevanz gewonnen oder wieder verloren haben, lässt sich an der Verwendung der jeweiligen Begriffe in der Fachliteratur

---

<sup>8</sup> Patrick, Stewart; Brown, Kaysie (2007): Greater than the Sum of its parts? Assessing "Whole of Government" Approaches to Fragile States. New York: International Peace Academy. Introduction. S. 1-8.

<sup>9</sup> Vgl. OECD (2007): Principles for Good International Engagement in Fragile States. Verfügbar unter: <http://www.oecd.org/dacfragilestates/43463433.pdf>.

<sup>10</sup> Vgl. Civil Contingencies Act 2004.



nachvollziehen. Dazu wurde für jedes Schlagwort pro Jahr im Zeitraum von 2000 bis inklusive 2014 die absolute Anzahl an Artikeln erhoben, die in der Suchmaschine für wissenschaftliche Literatur, Google Scholar, diese Begriffe enthalten.

Einige Besonderheiten waren bei dieser Aufstellung zu beachten: Da der Begriff der Comprehensive Security nicht verlustfrei mit „umfassende Sicherheit“ übersetzbar ist, wurde die Verwendung der Begriffe „umfassende Sicherheit“, „vernetzte Sicherheit“, „erweiterte Sicherheit“ und „Comprehensive Security“ in deutschen Artikeln erhoben und in der Grafik kumulativ dargestellt. Da der Begriff der Resilienz im englischen Sprachgebrauch außerhalb der sicherheitspolitischen Debatte und Forschung weit verbreitet ist, wurde dieser für die Suche nach Artikeln mit „security“ ergänzt, um nicht relevante Artikel möglichst auszublenden. Dennoch ist davon auszugehen, dass aufgrund der Verwendungsdichte beider Begriffe zumindest in der populärwissenschaftlichen englischen Literatur auch zahlreiche nicht-genuin sicherheitspolitische Begriffserwähnungen Eingang in die Zählung gefunden haben. Trotz dieser Unschärfen halten wir die Darstellung für interessant und aussagekräftig. Die Auswertung ist in den Abbildungen entlang des zeitlichen Verlaufs vom Jahr 2000 bis 2014 auf der x-Achse und der absoluten Anzahl der Artikel auf der y-Achse dargestellt.

In Abbildung 1 sind die absoluten Häufigkeiten der Begriffe und Begriffscluster in deutschsprachigen Artikeln ablesbar. Während „menschliche Sicherheit“ und der Cluster um „Comprehensive Security“ sich in einem Mengenraum zwischen sieben und knapp über 100 wissenschaftlichen Artikeln bewegen, die diese Begriffe enthalten, kann „Resilienz“ seit der Mitte der 2000er Jahre einen signifikanten Anstieg verzeichnen. Im Jahr 2014 übersteigt die absolute Anzahl der Artikel, die „Resilienz“ enthalten, die der beiden anderen Begriffe bereits um das Siebenfache. Menschliche Sicherheit und der Cluster um Comprehensive Security erlebten ebenso ab der Mitte der 2000er Jahre einen Aufschwung, befinden sich jedoch in den letzten zwei bis drei Jahren wieder auf einem leichten Abwärtstrend.

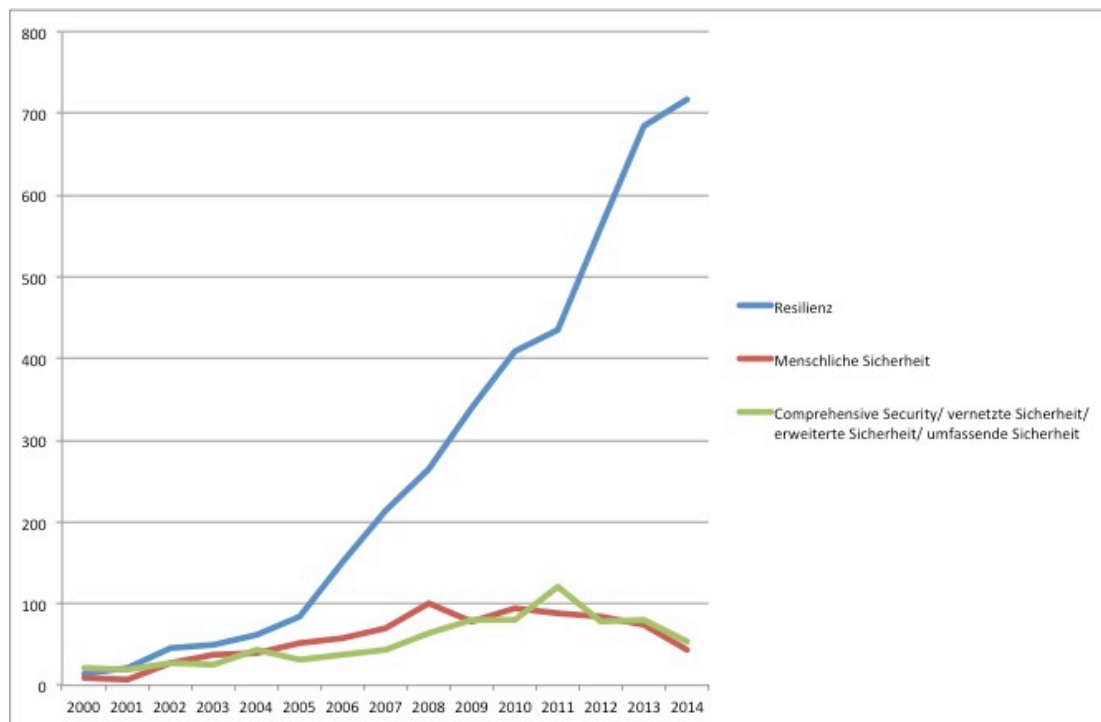


Abbildung 1: absolute Häufigkeiten der deutschen Schlagworte in Artikeln bei Google Scholar zwischen 2000 und 2014, eigene Darstellung

Ähnliche Tendenzen sind für den englischsprachigen Gebrauch der drei sicherheitsbezogenen Begriffe zu verzeichnen (siehe Abbildung 2). Wesentliche Unterschiede in den Ergebnissen der beiden Erhebungen liegen darin, dass die absolute Anzahl der Artikel für sämtliche Begriffe im Englischen weitaus größer ist. Dies ist zum einen dem Status des Englischen als *lingua franca* der Wissenschaft zuzusprechen. Zum anderen werden von Google Scholar auch Policy-Dokumente registriert, die größtenteils auf Englisch verfasst sind. Zudem ist in den englischen wissenschaftlichen Artikeln im Vergleich zu „Comprehensive Security“ eine deutlich höhere Rezeption von „Human Security“ abzulesen. Sowohl in der englischsprachigen als auch deutschsprachigen Erhebung der Begriffshäufigkeiten ist jedoch ein markanter Anstieg der Verwendung von „Resilienz“ / „Resilience“ feststellbar.

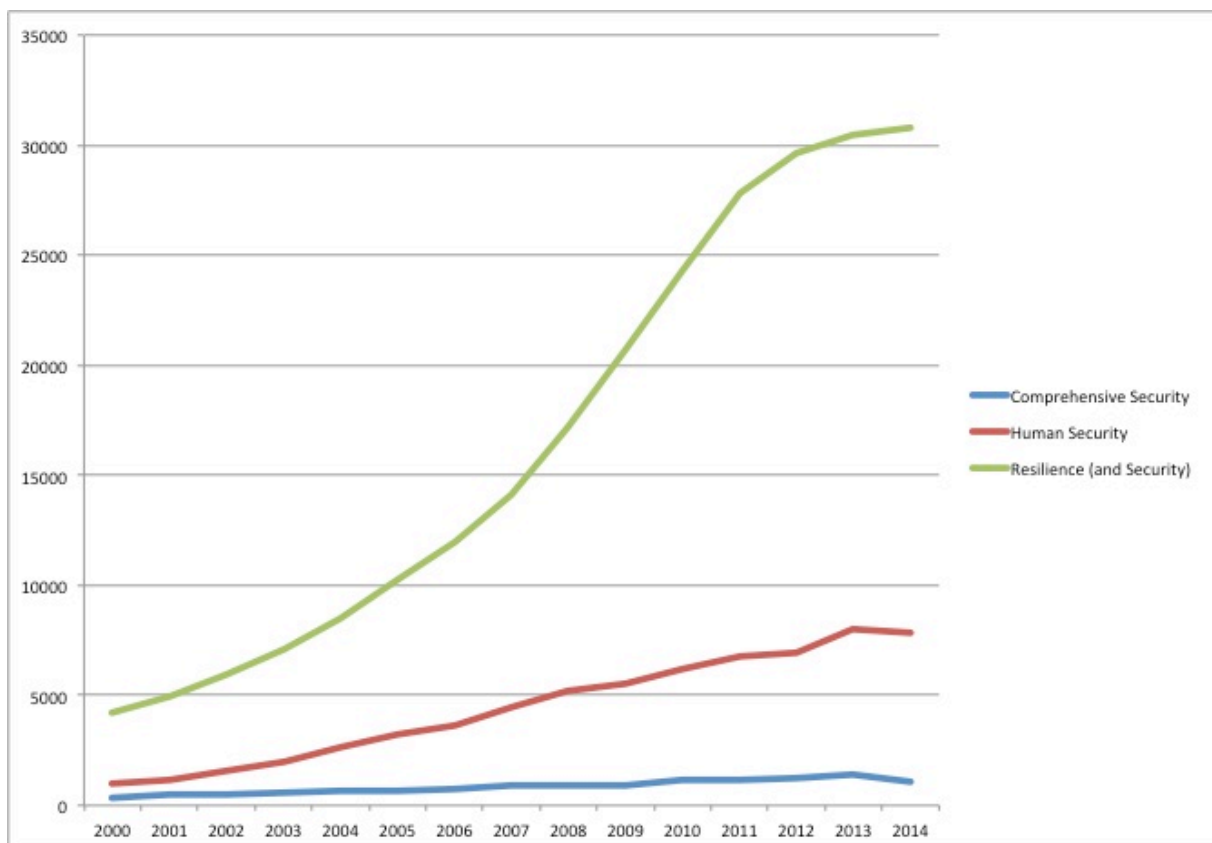


Abbildung 2: absolute Häufigkeiten der englischen Schlagworte bei Google Scholar zwischen 2000 und 2014, eigene Darstellung

## Der Versuch einer politischen Verortung

Auf Basis einer vergleichenden Dokumentenanalyse von 19 Schlüsseldokumenten wird im Folgenden nun der Versuch einer politischen Verortung der drei sicherheitspolitischen Ansätze unternommen. Ausgangspunkt dieses Vergleiches ist hier insbesondere die in der Literatur zu findende These der Neoliberalismus-Kategorisierung von Resilienz. Dementsprechend wird der Rolle des Staates und seiner Institutionen in dem Vergleich besondere Beachtung geschenkt, ebenso wie den Zielgruppen anvisierter sicherheitspolitischer Interventionen.

Augenscheinlich ist, dass alle Ansätze durch ihr erweitertes und schließlich umfassendes Verständnis von Sicherheit den Anspruch einer gesamtgesellschaftlichen Gültigkeit erheben. Die Akteur/innen von Sicherheitspolitik werden in allen Konzepten weitgehend gleich identifiziert. Der größte sicherheitspolitische Einfluss wird dabei den Vereinten Nationen und, an zweiter Stelle, den

jeweiligen Nationalstaaten beigemessen – dies gilt in der Tat für alle drei sicherheitspolitischen Konzepte, also auch für jenes der Resilienz.

Der Staat nimmt zwar immer eine solche Schlüsselrolle ein, diese wird jedoch in allen drei Fällen explizit unterschiedlich interpretiert. Im Kontext der menschlichen Sicherheit kommt dem Staat die Rolle als Versorger und Gewährleistender von Sicherheits(dienst-)leistungen für jedes Individuum zu. Für die Umsetzung vernetzter Sicherheit hingegen übernimmt der Staat implementierende Funktionen und bringt den gesamtstaatlichen Ansatz in multilaterale Politiken ein. Hier liegt also die Handlungskonstellation auf einer vollkommen anderen Ebene – während der Akteur gleich bleibt, ändern sich die Adressat/innen also signifikant.

Im Kontext von Resilienz wiederum wird der Staat durch den oft sehr konkreten Maßnahmenkanon in den untersuchten Primärdokumenten in überaus unterschiedlichen Rollen gesehen. Eindeutig geht es oftmals um die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur/innen oder der „*communities*“ – also der lokalen Gemeinschaftsebene – in sicherheitspolitische Verantwortlichkeiten. Dies jedoch als Rückzug des Staates aus seiner sicherheitspolitischen Gewährleistungsverantwortung zu interpretieren wäre verfehlt. Vielmehr werden staatliche Akteur/innen in die Verantwortung genommen, unterstützende („*supporting*“) und ermöglichende („*enabling*“) Rahmenbedingungen für resiliente Systeme zu gewährleisten. In allen drei Ansätzen wird folglich eine hoheitliche Politikgestaltung favorisiert, wenngleich diese unterschiedlich ausgeprägt ist.

Diese Ausgestaltung ist gut an den unterschiedlichen Hauptadressat/innen der drei Sicherheitskonzepte ablesbar. Doch auch hier liegt zuerst einmal eine bemerkenswerte Gemeinsamkeit vor: die Adressierung aller drei Ansätze richtet sich nicht zentral an das Individuum, sondern in allen Fällen an eine kollektive, gesellschaftliche Ebene. Dies ist auch bei der ja explizit auf den/die Einzelne/n sich beziehenden menschlichen Sicherheit der Fall – hier dient die Fokussierung auf das Individuum primär einer Konkretisierung staatlicher Gesamtverantwortung. Sie ist damit tendenziell sogar als Verstärkung einer kollektiven Ausrichtung zu lesen.<sup>11</sup>

Eine Adressierung des Individuums ist bei Resilienz sogar noch schwächer ausgeprägt. Hier liegt der Schwerpunkt auf der Gemeinschaftsebene, auch wenn deren genaue Definition zumeist unbestimmt bleibt. Eine neoliberale Ausrichtung, die sich im Zusammenhang mit der Zielgruppenbestimmung

---

<sup>11</sup> Vgl. Newman, Edward (2001): Human Security and Constructivism. In: International Studies Perspectives 2. S. 241.

wohl notwendigerweise auf eine individualisierte Größe richten müsste, kann von daher nur schwerlich angenommen werden.

Die den jeweiligen Ansätzen zugrunde liegenden Problemanalysen wiederum können als „redundante Vielfalt“ charakterisiert werden. Annähernd gleiche Ausgangslagen werden in annähernd gleicher Weise erkannt und problematisiert, aber unterschiedlich benannt. Gemeinsam ist diesen Problematisierungen jedenfalls der ausdrückliche Bezug auf die veränderten geopolitischen Bedingungen nach dem Ende der Blockpolitik des Kalten Krieges. In Verbindung mit Krisen der Finanz-/Wirtschaft und Umweltproblemen akkumuliert sich diese historische Bezugnahme in einer Komplexitätsbehauptung aktueller sicherheitspolitischer Szenarien.

Jene Bandbreite von miteinander verknüpften Faktoren der Bedrohung von Sicherheit spiegelt sich in den Lösungsansätzen der Konzepte als *Comprehensiveness* wider. Im Bereich der menschlichen Sicherheit sind strukturelle Ungleichheiten mit umfassenden und multilateralen Maßnahmen zu behandeln, die um Schlüsselbegriffe wie Menschenrechte, *Good Governance*, Bildung oder Gesundheit angesiedelt sind. Im Kern geht es hier um die Umsetzung wohlfahrtsstaatlicher Elemente. In Primärdokumenten zur *Comprehensive Security* und der vernetzten Sicherheit verhält sich die Konkretisierung der Maßnahmen zur Breite des Konzeptes umgekehrt proportional: Je umfassender Sicherheit gedacht wird und koordiniert werden soll, umso unkonkreter fallen Strategien und Maßnahmen diesbezüglich aus. Das Verständnis von „*comprehensive*“ wird dabei auf umfassende hoheitsstaatliche Zugriffsbefugnisse auf die Bevölkerung im Bedrohungsfall komprimiert.

Die Komponente des Umfassenden findet sich auch in Texten zu Resilienz, wobei sich diese dort insbesondere über die Ebene der Akteur/innen entfaltet. Dies betrifft etwa die Einbindung ziviler Akteur/innen auf kommunalen Ebenen<sup>12</sup>. Ansätze der Problembearbeitung werden in einer globalen Dimension und kooperativ gedacht. Nicht zuletzt ist dem Resilienz-Konzept eine Idee der Nachhaltigkeit inhärent, da es weniger auf eine Wiederherstellung eines Ist-Zustandes vor einer Bedrohung oder Krise abzielt, sondern Überlegungen zu einer adäquaten Reaktion auf derlei Herausforderungen anstellt.

---

<sup>12</sup> Vgl. Joseph, Jonathan (2013): Resilience as embedded neoliberalism: a governmentality approach. In: Resilience: International Policies, Practices and Discourses, 1/1. S. 43.

## Schlussfolgerungen – was impliziert „resiliente“ Sicherheit politisch?

Alle drei Ansätze der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Debatte sehen die Rechtfertigung ihrer Existenz in den sich wandelnden geopolitischen Rahmenbedingungen. Das Konzept der Resilienz stellt noch einmal mehr auf die Komplexität aktueller sicherheitspolitischer Problemstellungen und globaler Zusammenhänge ab. Daher sind die Zielgruppen entsprechender Primärdokumente sämtliche sicherheitsrelevanten Politikfelder gleichermaßen – im Gegensatz zu den Konzepten der menschlichen Sicherheit oder der *Comprehensive Security*, deren Rahmenwerke zumeist auf ein bestimmtes Feld (wie Entwicklungs- oder, im zweiten Fall, Verteidigungspolitik) zugeschnitten sind. Der Staat tritt sowohl im Ansatz der menschlichen Sicherheit als auch bei *Comprehensive Security* und vernetzter Sicherheit als Garant und Bereitsteller von Versorgungsleistungen auf. Dahingegen wird die Konzentration von Resilienz auf nicht näher definierte „*Communities*“ zuweilen als Entbindung des Staates der Verantwortung gegenüber seinen Bürger/innen interpretiert. Stattdessen jedoch zeugt jener Fokus eher von einem veränderten Rollenverständnis des Staates: Die Politikgestaltung erfolgt ebenso hoheitlich, die konkreten Problemlösungsstrategien sind jedoch weniger „*top-down*“ ausgerichtet, sondern zielen auf eine Verstärkung der sicherheitspolitischen Inklusion ab.

Während menschliche Sicherheit mithin die Umsetzung sozialdemokratischer und wohlfahrtsstaatlicher Elemente propagiert, zeigt sich die Ausformung von Strategien der *Comprehensive Security* und der vernetzten Sicherheit als überwiegend konservativ und technokratisch. Das Konzept der Resilienz kann schließlich als Synthese gelesen werden, die eine Brücke zwischen den Ansätze von Human Security und *Comprehensive Security* zu schlagen versucht. Die in der menschlichen Sicherheit angelegte wohlfahrtsstaatliche Komponente findet sich auch in Ansätzen zur Resilienz.

Vor diesem Hintergrund erweist sich der Neoliberalismus-Vorhalt gegenüber dem Resilienz-Konzept, zumindest in seiner sicherheitspolitischen Ausprägung, als wenig stichhaltig. Es überrascht von daher wenig, dass das Konzept in Großbritannien unter anderem von linken Strömungen im Rahmen der Labour Party aufgegriffen und von einzelnen ihrer Vordenkenden aktiv propagiert worden ist.<sup>13</sup> Dies

---

<sup>13</sup> So etwa in der „Blue Labour“-Bewegung in der British Labour Party, insbesondere durch den Oxford-Professor und Redenschreiber von Ed Miliband, Marc Stears. Das in Stears' Buch „*Everyday Democracy: Taking Centre-Left Politics Beyond State and Market*“ (London: IPPR, 2011) eingeführte Konzept der alltäglichen Demokratie interpretiert David Chandler als eines von sozialer Resilienz, das durch neoliberale Instrumente, die in die gesellschaftliche Sphäre eingreifen, umgangen wird. Siehe dazu: Chandler, David (2014): *Beyond*

kontrastiert jedoch mit einer öffentlichen Wahrnehmung, die in zunehmendem Maße eine begrifflich verklausulierte Rücknahme staatlicher Schutzverantwortung befürchtet. Angesichts der essenziellen Bedeutung, die der aktiven öffentlichen Beteiligung an Resilienz-Konzepten zukommt, kann sich eine solche Wahrnehmung als fatal für die sicherheitspolitische Anwendbarkeit des Konzeptes erweisen.

Zwei mögliche Antworten auf diese Problematik sollten daher angedacht werden:

Zunächst ist es von zentraler Bedeutung, Resilienz mit spürbaren Effekten zu verknüpfen, die sich bis auf die lokale Ebene niederschlagen. Mögliche derartige Ansätze können etwa regionale Auffangprogramme in spezifischen strukturschwachen Regionen sein, die systemische Probleme des Arbeitsmarktes durch Gemeinschaftsmaßnahmen auffangen. Eine weitere Möglichkeit ist die aktive Aufnahme bereits bestehender, oder die Initiierung neuer Schemen des Bevölkerungsschutzes, etwa im alpinen Bereich. Solche niederschweligen Unternehmungen, die keineswegs notwendigerweise auf neuen Erfindungen oder Innovationen beruhen müssen, können die sicherheitspolitische Idee der Resilienz spürbar machen. Entscheidend ist jedenfalls neben der Funktionalität die bewusste – und klar explizit zu machende – Einbettung der Maßnahmen in ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept (also etwa die angedachte Resilienz-Strategie Österreichs). Hier können auch mutige Schritte gegangen werden: das Potential einer positiven Verknüpfung von Resilienz mit Diversität liegt etwa in der gegenwärtigen „Asylkrise“ auf der Hand.

Diese bewusste Verknüpfung niederschwelliger Elemente mit einer Gesamtstrategie erscheint auch auf kommunikativer Ebene unabdingbar, sie ist daher auch die zweite hier vorgeschlagene Antwort auf die bestehenden Vorbehalte gegenüber „resilienter“ Sicherheitspolitik. Nicht zuletzt aufgrund seiner mannigfaltigen Einsetzbarkeit, die sich auch auf esoterischen Ebenen wie der Lebens- und Erziehungsberatung niederschlägt, ist Resilienz ein Begriff, der in marketingtechnisch versierten Branchen – etwa dem Beratungsgeschäft – starken Anklang findet. Eine zu starke Verbindung politischer Konzeptentwicklung mit derartigen Initiativen, die sich im europäischen Vergleich zumeist durch bunte, durchgestylte, wenngleich wenig nachhaltige Versammlungen so genannter Stakeholder niederschlägt, ist daher mit Skepsis zu betrachten. Sicherheitspolitik ist in ihrem Kern Vertrauenspolitik, dies gilt gerade auch für das Resilienz-Konzept uneingeschränkt. Vertrauen ist durch übertriebenes Marketing selten herzustellen, zumeist wird es sogar dadurch unterminiert. Über den Erfolg – oder den Misserfolg – „resilienter“ Sicherheitspolitik entscheidet somit deren Spürbarkeit auf lokaler Ebene.

---

neoliberalism: resilience, the new art of governing complexity. In: Resilience: International Policies, Practices and Discourses, 2/1. S. 47-63, hier S. 60.